



Gnädig aufgenommen

*Die Geschichte der Eingemeindung von Botnang nach Stuttgart
am 1. April 1922*

»Täglich gehen ca. 2.000 Personen nach Stuttgart ins Geschäft und lassen dort ihren Verdienst liegen, sehr zum Schaden der hiesigen Geschäftsleute.« Aus dieser Notiz der Botnanger Zeitung vom 11. März 1913 wird das Problem der Eingemeindung Botnangs sichtbar.

Knapp die Hälfte der erwerbstätigen Einwohner arbeitete in Stuttgart, weil Botnang keinerlei Arbeitsplätze bot. Außer wenigen kleinen Handwerksbetrieben, Läden zur täglichen Versorgung und meist als Familienbetrieb geführten Gärtnereien, gab es in Botnang keine Arbeitsmöglichkeiten. Zwar werden in Botnang vor dem ersten Weltkrieg noch ca. 70 Wäschereibetriebe gezählt, doch waren dies Neben-erwerbsbetriebe mit denen die Botnangerinnen das karge Einkommen ihrer Männer aufzustocken versuchten.

Landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe gab es zu dieser Zeit auch nicht mehr und wer Landwirtschaft betrieb, unterhielt nebenher noch ein Fuhrgeschäft. Dies führte zu einer sehr schwierigen finanziellen Situation der damals noch selbständigen Gemeinde Botnang.

Das Gewerbesteueraufkommen war ausgesprochen gering, der Verdienst blieb in Stuttgart liegen, denn die Ein-

kaufsbedingungen waren in Stuttgart um ein Vielfaches besser. Auch die Wäscherinnen und die Gärtnerfrauen kauften nach dem Austragen ihrer Wäsche und wenn der Markt vorüber war, in Stuttgart ein.

Um die Jahrhundertwende noch wurde eine Eisenbahnlinie vom Westbahnhof als Tunnel durch den Botnanger Sattel über Botnang und das Feuerbachertal nach Feuerbach geplant. Hinter dem Zamenhof ist noch heute die vorbereitete Trasse zu erkennen. Einige ältere Botnanger Bürger erinnern sich noch, wie sich die Gemeinde durch den Kauf von Gelände u. a. für den Bahnhof in große Ausgaben gestürzt hatte.

Von 1895 bis 1905 wuchs die Bevölkerung von 2576 auf 3823 Einwohner an. Der starke Anstieg der Anzahl der Kinder machte 1903 den Bau eines Knaben- und 1912 eines Mädchenschulhauses notwendig.

Schon diese Aufgaben überstiegen die finanziellen Möglichkeiten der Gemeindekasse und wurden u. a. auch aus Zuschüssen der Stadt Stuttgart finanziert.

Als weitere Ausgaben der Gemeinde standen an: Ausbau der Wasserversorgung, Anschluß an das Stuttgarter Gas-

Die Abbildung, eine Postkarte aus der Zeit der Eingemeindung, zeigt das ehemalige Rathaus in der Solitudestraße (heute Eltinger Straße). Während des Zweiten Weltkriegs wurde es bis auf die Grundmauern zerstört. ▼

Wie sehr sich die Ortsmitte verändert hat, ist an dieser Abbildung zu erkennen. Wenn im Sommer Gewitterregen niedergingen, der Buberlesbach üfß und das Regenwasser den Straßenbelag in der Solitudestraße mitriß, stand das Wasser vor der Kirche, dort wo heute der Kreisverkehr ist, kniehoch. ▼



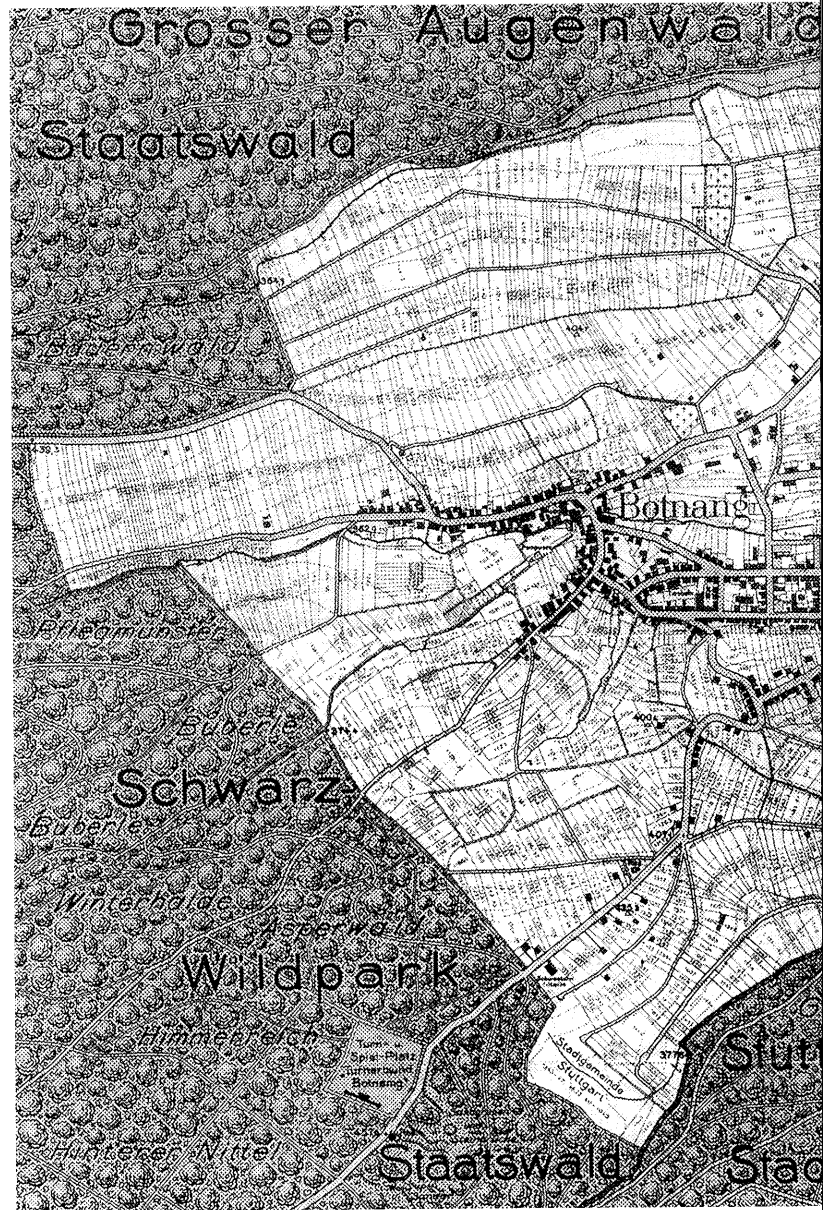
und Stromnetz und natürlich der Bau der Straßenbahn. An eine Kanalisation und Kläranlage konnten die Botnanger Gemeinderäte nicht denken. Das schon im 19. Jahrhundert arme Botnang wurde den Anforderungen einer modernen Gemeinde nicht gerecht.

»Die politischen Parteien in Botnang, die eine Wählerschaft repräsentierten, welche überwiegend nach Stuttgart aber auch nach Sindelfingen und nach Feuerbach zur Arbeit

Ausschnitt aus der »Schwäbische Tagwacht«
vom 17. Mai 1905, Nr. 113

Zur Eingemeindung von Botnang.

Man schreibt uns: In Sachen der Eingemeindung Botnangs nach Stuttgart hat eine im Herbst 1904 erstmals zusammengetretene Eingemeindungskommission dieses Vorworts in Stuttgart am 5. Mai d. J. beschlossen, angesichts des Ausbleibens einer Antwort der Stadtverwaltung von Stuttgart und des zielbewußten Vorgehens von Degerloch aus der bisher geflissentlich beobachteten Reserve herauszutreten und die Eingemeindung Botnangs, welche Minister v. Pischel anlässlich der Eingemeindung von Cannstatt bei den Landtagsverhandlungen mit Recht als notwendig und nicht länger aufschiebbar bezeichnet hat, energischer zu betreiben. Vor allem soll an den Gemeinderat von Botnang der dringende Antrag gebracht werden, aus der Mitte der bürgerlichen Kollegien heraus eine Kommission zu wählen, die Oberbürgermeister v. Gauß zu besuchen und zu befragen hätte, ob und wann der Antrag der bürgerlichen Kollegien von Botnang vom Juli 1904 um Eingemeindung endlich auf die Tagesordnung der bürgerlichen Kollegien Stuttgarts gesetzt werde. — Ferner soll eine Kommission eine Audienz bei Minister v. Pischel nachsuchen, um diesen für sein bisheriges Eintreten für die Interessen Botnangs zu danken und ihn zu bitten, die Eingemeindung Degerlochs nur mit der gleichzeitigen Eingemeindung Botnangs in die Wege zu leiten. Je nach dem Resultat dieser Audienzen ist seitens der Botnanger Eingemeindungskommission eine Petition an die Landstände vorgezogen, in welcher eingehend nachgewiesen wird, daß die sanitären, steuerlichen — der Gemeindefschaden beträgt gegen 600 Proz. der Staatssteuer —, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse und Zustände in Botnang seit Jahr und Tag dringend der Abhilfe bedürfen und daß Botnang zur Eingemeindung nach Stuttgart, wo sämtliche Arbeitgeber der hiesigen 1300 Arbeiter ausschließlich wohnen, ihre Steuern bezahlen und als Konsumenten gleich ihren Arbeitern aus Botnang die Geschäfte ins Brot setzen, gerabezu überreif sei. Da die Stadt Stuttgart durch die Eingemeindung von Cannstatt ihre Schuldenlast von rund 38 1/2 Millionen Mark auf 43 1/2 Millionen Mark — von dem Vermögenszuwachs kann man zunächst absehen — gesteigert sieht, so kann eine weitere Steigerung von 1/2 Million für die Stuttgarter Finanzen nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Uebrigens stehen den Schulden Botnangs entsprechende Wertobjekte gegenüber. Irgend ein größerer steuerkräftiger Gewerbe- und Fabrikationsbetrieb besteht in Botnang allerdings nicht. Den Nutzen der hiesigen Arbeitskräfte hat daher ausschließlich Stuttgart; es dürfte deshalb nicht unbillig sein, Stuttgart auch zu den Lasten, die der Gemeindeverwaltung in Botnang aus dem sich fortwährend steigenden Zuwachs mittelloser Arbeiterfamilien in mannigfacher Hinsicht erwachsen, vermittels der Eingemeindung heranzuziehen. Dieser Kulturmission dürften sich die Stuttgarter Bürger, die sich vielfach in Botnang angekauft haben, aus Billigkeitsgründen nicht entziehen wollen noch können. Wenn irgend eine Eingemeindung in Württemberg von öffentlichen und staatlichen Interessen diktiert wird, so ist es die Eingemeindung von Botnang nach Stuttgart.

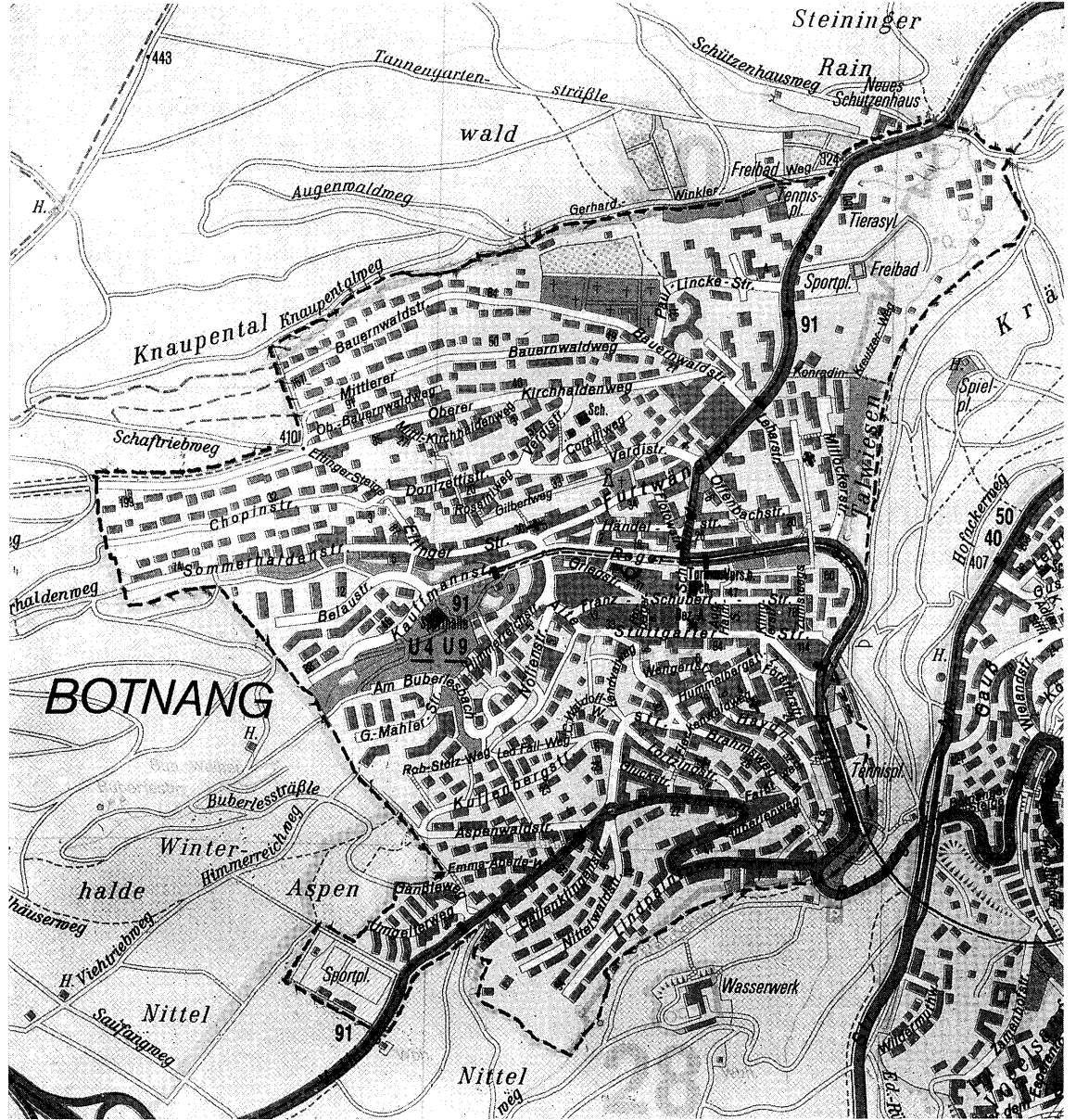
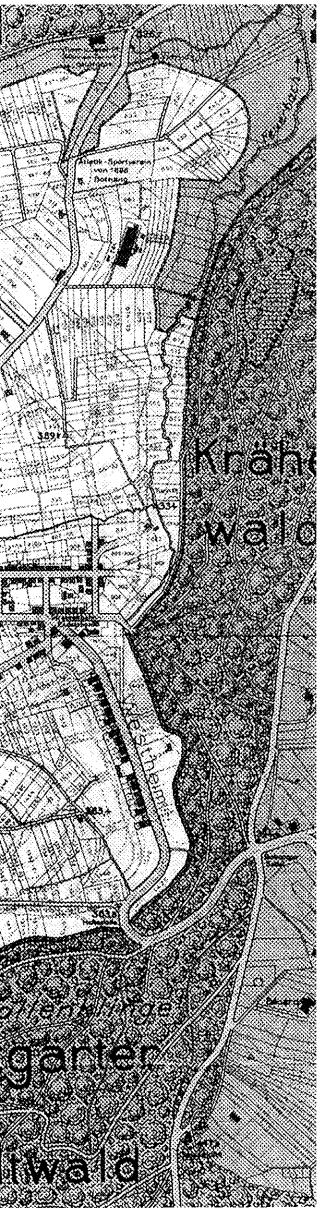


ging, sahen die Lösung der kommunalen Probleme sehr bald schon in einer Eingemeindung in die Hauptstadt.

Das Gut der kommunalen Selbstverwaltung wurde der blanken Not geopfert.«

Die politische Situation stellte sich um die Jahrhundertwende wie folgt dar. Am 31. Mai 1897 wurde der 31jährige Verwaltungsarchivar Eicheler aus Hohengehren, das zum damaligen Oberamt Schorndorf gehörte in direkter Wahl zum Bürgermeister gewählt. Seinerzeit hatten nur die Männer das aktive Wahlrecht. 1906 wurde die Gemeindeordnung geändert, d. h. in unserem Falle, die lebenslange Amtszeit der Schultheißen wurde aufgehoben. Den auf Lebenszeit Gewählten wurden dabei empfohlen, sich einer Neuwahl zu stellen. Für den Fall einer Nichtwiederwahl war für eine soziale Absicherung gesorgt, Schultheiß Eicheler ließ sich auf eine Neuwahl nicht ein.

Auf einer Bürgerversammlung am 5. März 1904 wurde zum ersten Mal die Eingemeindung gefordert. In der Folge beauftragte der Gemeinderat schon am 17. März 1904 eine siebenköpfige Kommission zur Vorbereitung der Eingemeindung. Vordergründiges Ziel war damals, eine gute Straßenanbindung nach Stuttgart zu bekommen um die Voraussetzungen für den Straßenbahnbau zu schaffen. Bereits am 15. Juni 1905 wurde der Eingemeindungsantrag gestellt.



Die beiden Karten zeigen sehr anschaulich, wie sich der Ort in den letzten 75 Jahren vergrößert hat.

Die linke »Karte der Markung Botnang mit Besitzabgrenzungen, gefertigt von Mitgliedern des Gartenbesitzervereins Botnangs e.V., Ausgabe April 1922« veranschaulicht, wie der Ort entlang weniger Straßen nur im Talgrund angesiedelt war. Die den Ort umgebende Markung teilte sich in unzählige Parzellen. Wenn auch darunter viele größerflächige Gärtnereien waren, so diente

der Großteil dieser Kleinparzellen als »Gütle« zum Anbau von Gemüse, Beerenobst und vor allem als Lieferant des notwendigen Mostobstes.

Die rechte Karte – ein Ausschnitt aus der »Amtliche Stadtkarte des Stadtmessungsamtes der Landeshauptstadt Stuttgart« von 1997. Heute sind alle Hänge bebaut, viele neue Straßen sind dazugekommen und die einstigen »Gütle« sind gepflegten und wohlangelegten Vorgärten gewichen.

Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart lehnte diesen ab. Um der Sache Nachdruck zu verleihen, wurde daraufhin beim Innenministerium der damaligen Ständekammer ein Antrag auf zwangsweise Eingemeindung eingereicht. Nachdem diese Bemühungen erfolglos blieben, versuchten es die Botnanger 1907 zum zweiten Mal.

Die Stadt lehnte auch diesen Antrag ab, schloß jedoch am 21. Oktober 1907 einen Vertrag über finanzielle und technische Hilfe mit Botnang ab. Hauptpunkte des Vertrages waren:

- »Die Stadt Stuttgart sorgt für
- a) die Einrichtung einer Straßenbahnverbindung,
- b) die dafür nötigen Straßenverhältnisse im Westen,
- c) eine Gasversorgung zu ähnlichen Bedingungen wie in Münster,

- d) einen Zuschuß von jährlich 10.000,- Mark zu den Schulkosten,
- e) die Beleuchtung des Fußweges Botnang – Stuttgart,
- f) Amtshilfe durch die technischen Ämter der Stadt.

Die einzige Gegenleistung Botnangs bestand darin, beim Innenministerium keinen Antrag auf Zwangseingemeindung zu stellen.«

1909 ging die Gasleitung in Betrieb, die Straßenbahn konnte 1914 eingeweiht werden, die Stromversorgung folgte 1916 und der Ausbau der Wasserversorgung fand 1919 seinen Abschluß.

Degerloch kam 1908 zu Stuttgart, was die Botnanger verärgerte, weil die reichen Degerlocher vorgezogen wurden. Die Eingemeindungsfrage stand damit erneut auf der politischen Tagesordnung. In der Oberamtsversammlung vom

Januar 1908 des Oberamtes Stuttgart – vergleichbar mit dem heutigen Landratsamt –, erwirkte der Vertreter Botnangs eine zusätzliche Erklärung mit folgendem Inhalt:

»...der Gesetzgeber solle die Gemeinden Botnang und Kaltental, wenn diese ihre öffentlichen Aufgaben ohne fremde Hilfe nicht mehr erfüllen können auch gegen den Willen Stuttgarts eingemeinden.«

Damit war die Drohung der Zwangseingemeindung wieder aktuell. Bedingt durch den Wegzug des Gemeinderates Kast wurde Schultheiß Eicheler von den bürgerlichen Kollegien am 31. Oktober 1908 zum Vertreter seiner Gemeinde in der Amtsversammlung gewählt. Unter ihm blieben die nächsten Jahre in dieser Angelegenheit ereignislos.

Ein erneuter Antrag auf Eingemeindung wurde 1912 gestellt, der wieder auf Ablehnung stieß. Am 11. Mai 1913 fand eine große Bürgerversammlung in Botnang statt, an der auch Vertreter der Stadt Stuttgart teilnahmen. Auf dieser Veranstaltung schlugen die Wellen hoch. Die Botnanger warfen den Vertretern Stuttgarts vor, daß die Stadt, anstatt Botnang zu entlasten, an den Verträgen von 1907 nicht schlecht verdient habe. Dies resümierte z. B. aus erhöhten Anschlußkosten und Gebühren der Gasversorgung, die deutlich über denen Stuttgarts lagen. Trotz heftiger Proteste und der nach wie vor sehr schwierigen finanziellen Lage der Gemeinde, bewegte sich in der Frage der Eingemeindung weiterhin nichts.

Während der Kriegsjahre 1914 – 1918 war das kommunale Leben in Botnang wie auch in Stuttgart sehr eingeschränkt. Die kommunalen Gremien konnten häufig wegen Beschlußunfähigkeit nicht mehr tagen. Denn ein Drittel der Botnanger Bevölkerung war »im Krieg«.

Erst nach Kriegsende kam das politische Leben wieder in Gang.

Schultheiß Eicheler trat aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück. Mit der Maßnahme, die Eingemeindung voranzutreiben, übernahm – vom Gemeinderat einstimmig gewählt – Amtsverweser Mayer die Stelle Eichelers. Dabei ließ er sich ausdrücklich versichern, bei einer



Botnang

In Gold auf schwarzem Boden zwischen zwei schwarzen Laubbäumen (Buchen) ein laufender schwarzer Eber (Schwarzwild).

Das Wappen ist als amtliches Bildkennzeichen mit der Eingemeindung am 1. April 1922 erloschen.

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Gemeindechronik über die Jahre des Ersten Weltkriegs gelangte 1919 eine Wappenanfrage an die Archivdirektion Stuttgart. Da aber weder in den seit etwa 1820 belegten Dienstsiegeln des Schultheißamts noch anderswo ein eigenes Bildkennzeichen der Gemeinde ermittelt werden konnte, schlug die Archivdirektion damals die Annahme des obigen Wappens vor. Es bezieht sich auf die beiden 1815 von König Friedrich in den Wäldern bei der Rodungsinsel Botnang angelegten Wildparke, besonders auf den 659 Morgen umfassenden Schwarzwildpark.

Obwohl von diesem Wappen aus der kurzen dem Ort danach noch verbliebenen Zeit kommunaler Selbständigkeit kein Beleg mehr bekannt wurde, darf doch davon ausgegangen werden, daß es als Bildkennzeichen Botnangs akzeptiert worden ist. Es wurde und wird in Glasmalereien von 1934 und 1961 sowie auf der Titelseite heimatkundlicher Veröffentlichungen und eines örtlichen Mitteilungsblattes in mancherlei Abwandlungen abgebildet.

Wenn der Eber gelegentlich – entgegen der üblichen Darstellungsweise in Wappen – nach heraldisch links gerichtet erscheint, dürfte dies auf einen Irrtum zurückzuführen sein. Die bei Tierdarstellungen in der Wappenkunst legitime Darstellung der ausgeschlagenen roten Zunge des Ebers hilft, das Übergewicht der schwarzen Farbe in diesem Wappen zu mindern. In Anbetracht der reichen Buchenbestände im Botnanger Wald wird man die beiden Laubbäume am besten als Buchen charakterisieren.

eventuellen Eingemeindung von der Stadt Stuttgart übernommen zu werden. Auch der damalige Innenminister Dr. Lindemann riet, keinen Schult heißen mehr zu wählen, da die Eingemeindung unmittelbar bevor stehe.

An der Eingemeindung Hedelfingens war Stuttgart interessiert, da es die dortige Markung zum Ausbau des geplanten Neckarhafens benötigte. Außerdem zeigte die Stadt Eßlingen an Hedelfingen großes Interesse. Damit war auch die Eingemeindung Botnangs wieder ein Thema.

Die Eingemeindungsanträge der Gemeinden Botnang, Hedelfingen, Kaltental und Obertürkheim behandelte der Gemeinderat der Stadt Stuttgart in ein und derselben Sitzung. Dem Antrag Hedelfingens wurde zugestimmt, den übrigen jedoch nicht. Diesen Beschluß kommentierte die Botnanger Zeitung mit dem Satz: »...nicht so sehr finanzielle Gründe standen bei dieser Entscheidung in Vordergrund, sondern die Angst vor der roten Flut.« Gegen diese Entscheidung des Stuttgarter Gemeinderats regte sich in Botnang heftigster Protest, zumal bekannt war, daß das Innenministerium die Eingemeindung befürwortete. Im Jahre 1922 forderte das Innenministerium die Stadt Stuttgart auf, alle vier Orte gleichzeitig einzugemeinden.

Am 1. April 1922 vollzog sich dies endgültig. Damit wurden 4524 Botnangerinnen und Botnanger zu Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern.

Große Feierlichkeiten fanden ob dieses Ereignisses nicht statt, lediglich die Schülerinnen und Schüler erhielten schulfrei und eine Brezel als Geschenk.

In der Weimarer Republik war das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen eingeführt worden. Bei der Gemeinderatswahl am 11. Mai 1919 kandidierte Christine Everts auf dem 1. Listenplatz der SPD. Als erste Botnangerin wurde die damals 32jährige Damenschneiderin am 10. Dezember 1922 dann in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt. 1933 entfernten sie die Nationalsozialisten aus diesem Gremium.

Redaktion: Thomas Dürr, Fritz Egelhof, Ilse Faber, Jochen Kretschmaier, Armin Schraft, Elisabeth Wandt, Hans Wezel, Ulrike Zich

Grafische Gestaltung: Armin Schraft, Botnang
Satz: Fotosatz Fleischhauer GmbH, Stuttgart
Druck: Druckerei Häbich, Botnang

Herausgegeben vom Arbeitskreis Boinanger
Heimatgeschichte mit finanzieller Unterstützung
der ARGE Botnang

Kontaktanschrift: Jochen Kretschmaier, S-Botnang,
Nöllnstraße 4, Telefon 69 23 76

Als Quelle dieses Berichtes diente uns
das Buch »Aufwiegler, Rebellen, saubere
Buben«, Seite 174 und 175 sowie die
»Botnanger Zeitung« vom 6.3.1919